

BE: KO Mag. Rogatsch

Nr. der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages
(2. Session der 15. Gesetzgebungsperiode)

Dringlicher Antrag

der Abg. KO Mag. Rogatsch, Präs. Dr. Pallauf und Mag. Scharfetter betreffend Forderungen an die neue Bundesregierung.

Der Ärztemangel verschärft sich mehr und mehr, gegensteuernde Maßnahmen sind notwendiger denn je. Dazu zählt auch die Adaptierung des derzeitigen Ausbildungssystems. Die Medizinerbildung soll künftig unabhängig vom öffentlich-rechtlichen Status einer Universität von Seiten des Bundes mitfinanziert werden. Davon würde auch die Paracelsus Medizinische Privatuniversität (PMU) in Salzburg, die mittlerweile zu einem unverzichtbaren Ausbildungsstandort geworden ist, profitieren. Einerseits geht es hier um die Abdeckung des klinischen Mehraufwandes, der durch die Betreuung und Ausbildung an den Salzburger Landeskliniken entsteht. Zum anderen geht es darum, dass seitens des Bundes eine gerechte Quote zur Finanzierung der Ausbildung der Absolventinnen und Absolventen bezahlt wird.

Das Projekt einer Regionalstadtbahn ist eines der zentralen Infrastrukturprojekte im Salzburger Zentralraum, das sich bei einer vollständigen Umsetzung auf rund 700 Millionen Euro Gesamtkosten belaufen würde. In einem ersten Schritt wird die Realisierung der Verlängerung der Lokalbahn vom Salzburger Hauptbahnhof bis zum Mirabellplatz angestrebt, um den Öffentlichen Verkehr am Hauptbahnhof zu entzerren und die Lokalbahn bis an die Salzburger Altstadt heranzuführen. Die Kosten belaufen sich auf rund 120 Millionen Euro. Um das Projekt realisieren zu können, wird eine Kostenteilung zwischen Stadt und Land mit insgesamt 50 Prozent und dem Bund mit 50 Prozent angestrebt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher den folgenden

Dringlichen Antrag:

Der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit den folgenden Forderungen heranzutreten:

1.1 die Abdeckung des klinischen Mehraufwandes an der PMU Salzburg sowie die Einführung einer gerechten Quote zur Finanzierung der Ausbildung der Absolventinnen und Absolventen sicherzustellen,

1.2 das Projekt einer Regionalstadtbahn als eines der zentralen Infrastrukturprojekte im Salzburger Zentralraum mitzufinanzieren.

2. Der Antrag wird dem Verfassungs- und Verwaltungsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragsstellung zugewiesen.

Gemäß § 63 Landtagsgeschäftsordnungsgesetz wird das Begehren auf Zuweisung der Dringlichkeit gestellt.

Salzburg, am 28. Oktober 2013